

4.2 Anstoß zu einem Bombenwettbewerb zwischen weiteren Staaten?

Sowohl China als auch der Westen mußten zu der Erkenntnis kommen, daß Indien bereit war, sich „gegen den Rest der Welt“ zu stellen: Weder der Entwicklungshilfestopp der USA noch die Entscheidung der Weltbank zur Aussetzung von vier Darlehen noch Appelle der EU – und schon gar nicht Proteste der VR China – hatten die indische Regierung davon abhalten können, in ihrer Atomtestpolitik fortzufahren; vielmehr setzte sie den Kurs durch eine zweite Serie fort, so daß die pakistanische Antwort nur noch eine Frage der Zeit sein würde. In Asien herrschte „Bombenwetter“ und es kam zu einer Bestätigung der „Bombenfreundschaft“ zwischen Pakistan und China.

Der indisch-pakistanische Wettstreit dürfte nun auch noch weitere Schwellenländer dazu veranlassen, den Weg der Entwicklung eigener Nuklearwaffen weiterzubeschreiten. Zu den Staaten, die diesen Weg gehen, zählen Algerien, Libyen, der Iran und Taiwan. Auch der Irak und Nordkorea stehen unter Verdacht.

Atomwaffen befinden sich auch noch auf dem Gebiet von Nachfolgestaaten der Sowjetunion wie Kasachstan, Weißrußland und Ukraine. Argentinien und Brasilien haben sich zwar Selbstbeschränkungen (keine Verbreitung von Nuklearwaffen in Lateinamerika) unterworfen; ob sie sich auf die Dauer freilich auch daran halten? Südafrika gab 1993 bekannt, es werde seine sechs Kernwaffen zerstören.

Seit 1996 schien sich die Nuklearfront beruhigt zu haben. 1998 freilich ist diese Ruhe empfindlich gestört worden!

Könnten nun eines Tages nicht auch Japan und Vietnam in Versuchung kommen, eigene Nuklearwaffen zu bauen? In diesem Fall würden vor allem in Beijing die Alarmglocken schrillen.

Sebastian Heilmann Die ersten Wahlen zur Legislative in der SVR Hongkong: Politische Kräfteverschiebungen und wirtschaftspolitische Konsequenzen

Am 24. Mai 1998 wurde in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong die erste Wahl zur Legislativversammlung¹⁸ abgehalten. Damit wurde erstmals in der Geschichte der VR China ein gesetzgebendes Organ durch eine Mehrparteien-Konkurrenzwahl berufen. Die Wahl wurde nicht nur ohne erkennbare Eingriffe von Seiten Beijings abgehalten, sondern führte auch zu einem Wiedereinzug Beijing-kritischer Politiker, die nach dem Souveränitätswechsel im letzten Jahr vorübergehend ihren Sitz in der Legislative verloren hatten. Vor dem Hintergrund der Einparteiherrschaft in der VR China stellen die Hongkonger Wahlen und die Zulassung einer politischen Opposition trotz vielfältiger Verzerrungen in Wahlverfahren und Wahlergebnissen ein historisches Ereignis dar.

Unerwartet hohe Wahlbeteiligung

Darüber hinaus kann die überraschend hohe Wahlbeteiligung von rund 53%, die trotz extrem widriger Wetterverhältnisse (heftiger Dauerregen) zustandekam, als wichtiger Beleg für ein wachsendes Bedürfnis nach demokratischer Mitbestimmung in der Bevölkerung Hongkongs gewertet werden. Im Vorfeld der Wahl war von vielen Kommentatoren und Umfrageforschern eine noch niedrigere Wahlbeteiligung als 1995 (36%) und 1991 (39%) vorhergesagt worden (siehe Tabelle 3).

Die unerwartet hohe Wahlbeteiligung widerlegte nun gängige Annahmen von einer ausgeprägten politischen Apathie unter den Hongkongern und wird von Wahl- und Umfrageforschern als Ausdruck eines Protestverhaltens eingeschätzt, das zuvor passive Wähler mobilisieren half. Folgende zwei Hauptfaktoren werden – neben der Tatsa-

¹⁸In der englischen Version des Grundgesetzes der SVR Hongkong wird weiterhin die offizielle Bezeichnung der Legislative aus den Zeiten der britischen Kolonialherrschaft - *Legislative Council* - beibehalten. Im Chinesischen aber wird das Legislativorgan nun nicht mehr als *lifaju*, sondern als *lifahui* („Legislativversammlung“ oder einfach „Legislativ“) bezeichnet.

che, daß Regierung, Parteien und Medien Hongkongs im Vorfeld der Wahl massiv und anhaltend für eine aktive Beteiligung der Bevölkerung geworben hatten – als Ursache für die höhere Wahlbeteiligung in diesem Jahr benannt.¹⁹

- Die bedrohliche Wirtschafts- und Beschäftigungslage ruft Unzufriedenheit mit der Hongkonger Regierung hervor. Die Dominanz des *Big Business* in Politik und Wirtschaft Hongkongs (gelegentlich ironisiert als *tycoonocracy*) wird von einem Großteil der Bevölkerung, der von hohen Wohnungspreisen, Einkommensverlusten und Beschäftigungskrise betroffen ist, nicht mehr ohne weiteres akzeptiert.
- Die Tätigkeit der Provisorischen Legislative (Juli 1997 bis Mai 1998), die nach dem Souveränitätswechsel mehrere Gesetze nach Vorgaben Beijings und der Hongkonger Exekutive verabschiedete, wurde von vielen Hongkonger Bürgern als inakzeptabel empfunden. Die Legislativwahlen boten Gelegenheiten zur Revanche an den Politikern, die sich aus der Sicht vieler Hongkonger Wähler als „Marionetten“ Beijings hatten mißbrauchen lassen.

Wahlergebnisse: Starkes Mandat für Beijing-kritische Parteien

Die Wahlen brachten mehrere bemerkenswerte Ergebnisse (siehe Tabelle 2) und dürften weitreichende Konsequenzen für die politischen Kräfteverhältnisse in Hongkong nach sich ziehen, insbesondere für die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative sowie für die Debatte über weitere Demokratisierungsschritte.

Die Beijing-kritischen politischen Kräfte, die durch die Demokratische Partei, die Gruppierung „Frontlinie“ sowie durch die Bürgerpartei repräsentiert werden, erhielten ein sehr starkes demokratisches Mandat. Sie errangen in den Direktwahlen in geographischen Wahlkreisen (nur 20 der 60 Sitze wurden in diesem Verfahren vergeben) knapp 56% der Stimmen und kommen nun auf insgesamt 19 Mandate in der Legislativversammlung: 13 Mandate wurden in den Direktwahlen gewonnen, vier weitere in den berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien (*gongnengzu* bzw. *functional constituencies*); hinzu kommt die Unterstützung durch zwei unabhängige Kandidaten. Dies ist ein großer Erfolg angesichts eines verzerrten Wahlrechts, das diese Parteien deutlich benachteiligte (siehe unten den Abschnitt „Verzerrungen durch das Wahlrecht“).

Beijing-freundliche Parteien und Kandidaten, die ihre Mandate insbesondere den Wahlkollegien sowie einem 800köpfigen Wahlausschuß (*xuanju weiyuanhui*) verdanken, verfügen in der Legislativversammlung zwar über eine deutliche Mehrheit, nicht jedoch über ein starkes demokratisches Mandat und eine breite Unterstützungsbasis in der Bevölkerung. Die Liberale Partei etwa, die vor allem Interessen der Geschäftswelt repräsentiert, erwies sich als so unattraktiv für die Wähler, daß sie kein einziges Mandat in den Direktwahlen erringen konnte und ihre neun

Sitze in der Legislative ausschließlich in branchenbezogenen Wahlkollegien gewann. Die Hongkonger Fortschrittsallianz hatte sich erst gar nicht der Konkurrenz in den fünf geographischen Wahlkreisen gestellt, um eine politische Blamage zu vermeiden.

Eine bemerkenswerte Ausnahme unter den Beijing-freundlichen Parteien bildet allerdings die Demokratische Allianz für ein Besseres Hongkong (DAB), die sich gezielt für die Belange der „kleinen Leute“ einsetzt und sich auch dezidiert zu den Vorzügen demokratischen Wettbewerbs bekennt. Diese Partei konnte als zweitstärkste Kraft 25% der Stimmen in den Direktwahlen gewinnen und scheint zu einer politischen Gruppierung mit breiter sozialer Basis heranzuwachsen.

Insgesamt hat die grundlegende Revision der Wahlverfahren in den geographischen Wahlbezirken (Verhältnisswahlrecht mit Kandidatenlisten in fünf großen Wahlbezirken statt Mehrheitswahlrecht in zwanzig Ein-Mandats-Wahlkreisen wie unter der britischen Kolonialherrschaft) zu einer Stärkung des Einflusses und des Zusammenhalts derjenigen Hongkonger Parteien geführt, die über eine eigene soziale Basis verfügen.²⁰

Verzerrungen durch das Wahlrecht

Der Wahlgang am 24. Mai verlief in einer fairen und transparenten Weise. Es gab keine Beschwerden über etwaige Manipulationen am Wahltag. Das stark verzerrte und nach demokratischen Kriterien zweifellos unfaire Wahlrecht aber bleibt ein Gegenstand heftiger Kritik. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, Martin Lee, urteilte sarkastisch: „There is no need to stuff the ballot boxes when the election law itself achieves the same goal quite effectively“.²¹

Die Aufteilung der zu vergebenen Mandate (siehe Tabelle 1) auf geographische Wahlbezirke (20 Mandate), berufsständische und branchenbezogene Wahlkollegien²² (30 Mandate) sowie einen Wahlausschuß²³ (10 Mandate) führte zu offenkundigen Verzerrungen im Hinblick auf die demokratische Repräsentation: Die Beijing-kritischen Parteien gewannen zwar knapp 56% der Stimmen in den Direktwahlen, besetzen aber nur knapp ein Drittel der Mandate in der Legislativversammlung.

²⁰Dies widerspricht dem Interesse der Hongkonger Regierung und der Beijinger Zentralregierung, die mit den Wahlrechtsänderungen die Konsolidierung starker Parteien vermutlich unterbinden wollten. Siehe Michael E. DeGolyer, „The Return of the Democrats“, in: AWSJ, 19.5.1998.

²¹AWSJ, 23.5.1998.

²²Unter dem letzten britischen Gouverneur Patten war die Zahl der Wahlberechtigten in den Wahlkollegien auf 2,7 Mio. ausgedehnt worden. Diese Demokratisierung der Wahlkollegien wurde nach dem Souveränitätswechsel rückgängig gemacht: Nur noch 139.000 Stimmberechtigte konnten in den Wahlkollegien ihre Stimme abgeben. Trotz dieser Beschränkung konnte sich die Demokratische Partei dennoch in einigen Wahlkollegien (etwa in den Kollegien für Sozialberufe und Informationstechnologie) durchsetzen. NZZ, 26.5.1998; SCMP, 26.5.1998.

²³Der Wahlausschuß setzte sich zusammen aus 800 Stimmberechtigten: 77 Mitglieder der Provisorischen Legislative sowie Hongkonger Delegierte im Nationalen Volkskongreß, 60 Mitglieder der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes, 40 Vertreter von Religionsgemeinschaften sowie 623 Repräsentanten, die durch 26 *functional constituencies* sowie durch sechs weitere Berufsgruppenvertretungen schon am 2. April gewählt worden waren. SCMP, 5.5.1998.

¹⁹IHT, 25./26.5.1998; SCMP, 26./28.5.1998.

Tabelle 1

**Die ersten Wahlen zur Legislativversammlung der SVR Hongkong:
Wahlverfahren und Wahlberechtigte**

	Zahl der nach diesem Wahlverfahren vergebenen Mandate ¹	Zahl der Wahlberechtigten nach diesem Verfahren ²
Direktwahlen in geographischen Wahlbezirken (<i>diqu zhixuan</i>)*	20	2.800.000**
Wahlen in berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien (<i>gongnengzu</i>)	30	139.000
Wahl durch einen Wahlausschuß (<i>xuanju weiyuanhui</i>)	10	800

* Verhältniswahlrecht auf der Basis von Kandidatenlisten. ** Nur diejenigen der insgesamt rund 4 Mio. Wahlberechtigten, die sich vor der Wahl in Wählerlisten registrieren ließen.

Quellen: ¹ Grundgesetz der SVR Hongkong, Annex II; Entscheidung des Nationalen Volkskongresses über die Bildung der ersten Regierung und der ersten Legislativversammlung der SVR Hongkong. ² Regierung der SVR Hongkong, nach AWSJ, 14.5.1998.

Tabelle 2

Wahlergebnisse: Verteilung der 60 Sitze in der Legislativversammlung der SVR Hongkong

Partei	Zahl der Sitze in der Legislativversammlung	davon in Direktwahlen errungene Sitze [Stimmenanteile]
Beijing-freundliche Parteien und Gruppen	23	5
Demokratische Allianz für ein Besseres Hongkong (<i>Minjianlian</i>) [Vorsitz: Tsang Yok-sing]	9	5 [25,06 %]
Liberale Partei (<i>Ziyoudang</i>) [Vorsitz: Allen Lee Peng-fei]	9	0 [3,37 %]
Hongkonger Fortschrittsallianz (<i>Gangjinlian</i>) [Vorsitz: Ambrose Lau]	5	0 [--]**
Unabhängige*	20*	2 [5,57 %]
Beijing-kritische Parteien und Gruppen	17	13
Demokratische Partei (<i>Minzhudang</i>) [Vorsitz: Martin Lee Chu-ming]	13	9 [42,87 %]
Frontlinie (<i>Qianxian</i>) [Vorsitz: Emily Lau Wai-hing]	3	3 [9,96 %]
Bürgerpartei (<i>Minquandang</i>) [Vorsitz: Christine Loh Kung-wai]	1	1 [2,79 %]

* Zwei Unabhängige bekennen sich offen zu Beijing-kritischen Positionen und werden in der Legislativversammlung mit den Beijing-kritischen Parteien und Gruppen stimmen, die somit auf insgesamt 19 Stimmen kommen. Die Mehrzahl der Unabhängigen neigt jedoch Beijing-freundlichen Positionen zu. ** Die Hongkonger Fortschrittsallianz trat zu den Direktwahlen nicht an.

Quellen: FT, 26.5.1998; ZM 1998/6, S.8-9.

Tabelle 3

Beteiligung bei Wahlen von Hongkonger Legislativorganen im Vergleich

	Wahlbeteiligung in Prozent***	Zahl der abgegebenen Stimmen
1991*	39,15 %	750.407
1995*	35,79 %	920.567
1998**	53,29 %	1.489.705

* Letzte Wahlen zum Legislativrat (*lifaju*) unter britischer Kolonialherrschaft. ** Wahlen zur ersten Legislativversammlung (*lifahui*) in der SVR Hongkong. *** Abgegebene Stimmen als Anteil der registrierten Stimmberechtigten (1995 wurde die Zahl der Stimmberechtigten gegenüber 1991 beträchtlich ausgeweitet).

Quelle: ZM, 1998/6, S.8.

Andererseits fehlt der Beijing-freundlichen Mehrheit in der Legislative das demokratische Mandat. Denn die Legislativversammlung wird nun dominiert von Abgeordneten, die ihr Mandat nur einigen wenigen tausend Wählern in Wahlkollegien und im Wahlausschuß verdanken. Demgegenüber stehen Mandatsträger der Beijing-kritischen Parteien, die von mehr als 800.000 Wählern in Direktwahlen unterstützt wurden. Anhaltende Legitimationsstreitigkeiten sind durch diese unfaire Verteilung der Sitze programmiert, da die populäreren Parteien zu einer Rolle als oppositionelle Minderheit verdammt sein werden.²⁴

Forderungen nach vollständiger Demokratisierung

Führende Vertreter der Beijing-kritischen Kräfte hatten die Legislativwahlen im Vorhinein zu einem Referendum über das umstrittene Wahlrecht und über die aus ihrer Sicht undemokratische Regierung der SVR erklärt. Das Wahlergebnis verstanden sie als überwältigendes Mandat für eine Ausweitung und Beschleunigung des Demokratisierungsprozesses. Martin Lee forderte: „We want to see every seat of the legislature by the year 2000 to be constituted by democratic elections, and we want to see the chief executive also to be democratically elected by the year 2002.“²⁵

Überraschend schloß sich auch die Beijing-loyale DAB dem Ansinnen an, den Zeitrahmen der nächsten Demokratisierungsschritte zu überprüfen. Der Vorsitzende Tsang Yok-sing wollte die Wahl auch als Signal an Beijing verstanden wissen: China könne durch das Hongkonger Beispiel lernen, daß demokratische Wahlen nicht notwendigerweise zum Chaos und zu einer Konfrontation zwischen den Gewählten und der Regierung führen.²⁶ Bereits Ende Mai wurden Vorschläge für Allparteiengespräche über die künftigen Demokratisierungsschritte unterbreitet, die auf ein positives Echo auch in Beijing-freundlichen Gruppierungen trafen.²⁷

Im Grundgesetz der SVR Hongkong wird in Artikel 68 die allgemeine Volkswahl der Legislative als Ziel der politischen Entwicklung angegeben. In Annex II des Grundgesetzes ist jedoch eine abgestufte Ausweitung von Direktwahlen für die ersten drei Wahlen der Legislativversammlung (1998, 2000 und 2004) festgelegt. Für eine beschleunigte Demokratisierung bleibt im Rahmen der Vorgaben des *Basic Law* somit nur der Umweg über eine Demokratisierung der Wahlen zu den berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien, wie sie schon Gouverneur Patten gegen heftigen Widerstand aus Beijing eingeleitet hatte.

Ähnliches gilt für die Wahl des *Chief Executive*, der zumindest bis zum Jahre 2007 von einem 800köpfigen Wahlausschuß auf fünf Jahre bestimmt werden muß (Annex I des Grundgesetzes der SVR Hongkong): Nur die Demokratisierung der Wahlverfahren zum Wahlausschuß ist theoretisch denkbar, nicht aber die Revision der im *Basic*

Law enthaltenen Grundbestimmungen vor dem Jahre 2007.

Unzweifelhaft ist, daß jede Hongkonger Initiative, die sich auf eine substantielle Veränderung der Wahlbestimmungen richtet, auf Ablehnung in der Beijinger Zentralregierung treffen wird. Die rasche Demokratisierung Hongkongs ist insofern gekoppelt an fundamentale politische Veränderungen – Liberalisierungs- und Demokratisierungsschritte – in der VR China insgesamt, die derzeit nicht abzusehen sind.

Viele chinakritische Mitglieder der neugewählten Hongkonger Legislative sprechen über die von ihnen gewünschten Wahl- und Verfassungsreformen, als fielen solche Fragen allein in die Entscheidungsbefugnis der Hongkonger. Der Schlüssel für eine weitergehende Demokratisierung in der Sonderverwaltungsregion aber liegt in Beijing. Das Mißtrauen der Zentralregierung gegenüber einer Ausweitung demokratischer Wahlen in Hongkong dürfte durch die jüngsten Wahlergebnisse und durch die Forderungen der populären Beijing-kritischen Parteien noch vergrößert worden sein.²⁸ Die Demokratisierungsforderungen treffen den Kern des von der Exekutive dominierten politischen Systems in Hongkong, das von Beijing gewünscht und im *Basic Law* festgeschrieben ist. Eine Preisgabe dieser politischen Ordnung durch die Zentralregierung erscheint in der gegenwärtigen Situation als äußerst unwahrscheinlich.

Die Reaktion der Hongkonger Exekutive

Der Hongkonger Regierungschef Tung Chee-hwa interpretierte die Legislativwahlen trotz der für ihn unübersehbaren Herausforderung als „solide Grundlage für die politische Entwicklung in der SVR“. In der aktiven Beteiligung der Hongkonger Bevölkerung zeige sich eine „sehr starke öffentliche Unterstützung für das Grundgesetz“ sowie für das Prinzip, daß nun Hongkonger Hongkong mit einem hohen Grad an Autonomie regieren. Die SVR-Regierung werde eng mit der Legislativversammlung zusammenarbeiten und ein konstruktives Verhältnis mit allen Abgeordneten kultivieren.²⁹

Von Martin Lee, dem Vorsitzenden der Demokratischen Partei, wurde hingegen die demokratische Legitimation Tungs gleich nach der Wahl in Frage gestellt. Lee warf dem *Chief Executive* vor, „absolut keinen Respekt gegenüber der Demokratie und dem Willen der Bevölkerung“ zu haben.³⁰

In solchen Äußerungen bahnt sich ein Konflikt an, der weitreichende Konsequenzen für das Verhältnis zwischen Exekutive und Legislative haben dürfte: Die Vertreter der chinakritischen Opposition in der Legislative verfügen – im Gegensatz zu Tung Chee-hwa – über ein starkes demokratisches Mandat und können mit einigem Recht im Namen der Hongkonger Bevölkerung sprechen. Zugleich sind sie aber nicht in die Regierungsverantwortung eingebunden und werden nur geringen Einfluß auf die Gesetzgebung nehmen können. Durch diese spannungsreiche

²⁴SCMP, 26.5.1998.

²⁵RTHK Radio 3, 25.5.1998, zit. n. SWB 26.5.1998.

²⁶AWSJ, 26.5.1998.

²⁷SCMP, 1.6.1998.

²⁸SCMP, 28.5.1998.

²⁹Hong Kong Special Administrative Region government web site, 25.5.1998, zit. n. SWB, 28.5.1998.

³⁰AWSJ, 26.5.1998.

Konstellation entstehen starke Anreize, populistische Positionen gegenüber der Regierung zu vertreten, die wenig Rücksichten etwa auf die Empfindlichkeiten der Beijinger Zentralregierung oder aber auf die Erfordernisse einer verantwortungsvollen, langfristigen Haushalts- und Wirtschaftspolitik nehmen. Daraus könnte sich eine ausgeprägte politische Polarisierung zwischen dem Regierungschef und dem durch sein demokratisches Mandat gestärkten regierungskritischen Flügel in der Legislativversammlung entwickeln.

Tung Chee-hwa wird einer solchen Entwicklung nur vorbeugen können, wenn er die Regierungskritiker in einen regelmäßigen politischen Dialog einbindet, wie es jüngst der Finanzsekretär der Hongkonger Regierung in den Haushaltskonsultationen mit der Demokratischen Partei demonstriert hat. Tung Chee-hwa aber hat zuletzt nur wenig Bereitschaft gezeigt, auf die regierungskritischen Politiker zuzugehen und diese stärker an der politischen Willensbildung zu beteiligen.

Mit diesen Legislativwahlen ist in jedem Falle die Schonzeit für die postkoloniale Regierung Hongkongs vorbei. Es stehen harte öffentliche Auseinandersetzungen bevor, die in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise zur „Normalität“ demokratischer Politik gehören, unter chinesischer Souveränität aber eine ungewohnte Erscheinung darstellen. Die Hongkonger Regierung wird nun nicht nur wegen der ökonomischen Krise, sondern auch wegen der erstarkten politischen Opposition einer schweren Zeit entgegengehen.

Die Reaktion Beijings

Die Reaktion Beijings auf die Hongkonger Wahlergebnisse fiel erstaunlich gelassen und zurückhaltend aus. Noch vor einem Jahr war es von vielen Beobachtern kaum für möglich gehalten worden, daß Beijing einen offenen Wahlkampf und Parteienkonkurrenz in Hongkong zulassen könnte, zumal die Demokratische Partei Hongkongs vor dem Souveränitätswechsel unverhohlen zu den „chinafeindlichen“ politischen Kräften gezählt worden war.

Die Duldung chinakritischer politischer Aktivitäten und die Respektierung des aus Beijings Sicht unbefriedigenden Wahlergebnisses ist insofern eine große Überraschung und eine zweifellos positive Entwicklung. Beijing hält sich bislang strikter an die Regeln des *Basic Law* und an die Zusage eines „hohen Grades an Autonomie“, als es selbst Optimisten erwartet hatten.

Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums bezeichnete die Hongkonger Wahlen in einer Pressekonferenz als „sehr erfolgreich“, da sie die Kriterien der Offenheit, Fairneß und Demokratie erfüllt hätten. Den störungsfreien Verlauf und die rege Wahlbeteiligung deutete die chinesische Regierung als Beleg dafür, daß die Hongkonger Bürger nach dem Souveränitätswechsel ein gestärktes Bewußtsein für ihre Identität und ihre Rechte entwickelt hätten. Die Legislativversammlung werde eine konstruktive Rolle in der Entwicklung Hongkongs spielen. Im Hinblick auf weitergehende Demokratisierungsforderungen hob der Sprecher hervor, daß im Grundgesetz der SVR Hongkong eindeutige Bestimmungen zur Regelung der Wahlverfah-

ren in den kommenden Jahren enthalten seien.³¹ Zum Abschneiden der Beijing-kritischen Parteien äußerte sich der Sprecher nicht.

Deutlicher wurde die von Beijing kontrollierte Hongkonger Zeitung *Ta Kung Pao*. In einem Leitartikel wurde auf die „heilige Pflicht“ der Mitglieder der neu gewählten Legislative hingewiesen, sich an die Bestimmungen des SVR-Grundgesetzes zu halten, die Arbeit der Regierung zu unterstützen und nicht durch politische Profilierungssucht zu blockieren. Das Verhalten der Demokratischen Partei vor und nach der Wahl aber sei zutiefst irritierend. Denn die Konfrontation mit der SVR-Regierung und mit der Zentralregierung in Beijing könne zum Chaos in der Arbeit der Legislative führen und werde keinen Beitrag zu einer konstruktiven Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen leisten, denen sich Hongkong gegenübersehe.³²

Begrenzte Kompetenzen der neuen Legislative

Der Hongkonger Exekutive wird es aufgrund der regierungsfreundlichen Mehrheit in der Legislative (die ausschließlich den verzerrten Wahlrechtsbestimmungen zu verdanken ist) vermutlich weiterhin gelingen, ihre Gesetzgebungsvorhaben zu verwirklichen. Überhaupt sind die Kompetenzen der Legislative dem *Basic Law* zufolge äußerst eingeschränkt:

- Mitgliedern der Legislative ist es – wie zu Zeiten der britischen Kolonialherrschaft – *nicht* erlaubt, Gesetzentwürfe vorzulegen, die Verfassungsordnung und ausgabenwirksame Maßnahmen betreffen.³³ Die parlamentarische Gesetzesinitiative ist damit in wesentlichen Fragen beschnitten.
- Eine Gesetzesvorlage aus der Mitte der Legislative muß Zustimmung nicht in einer Plenarabstimmung, sondern in separaten Abstimmungen erstens unter den 30 von den Wahlkollegien bestimmten Abgeordneten sowie zweitens unter den 30 direkt bzw. vom Wahlausschuß gewählten Abgeordneten finden.³⁴ Damit werden die Möglichkeiten für die direkt gewählten Abgeordneten, eine Mehrheit für ihre Gesetzesinitiativen zu finden, stark beschränkt.

Diese Bestimmungen bedeuten nicht weniger, als daß die Legislative in grundsätzlichen und umstrittenen Fra-

³¹XNA (Beijing), 26.5.1998.

³²*Ta Kung Pao*, 27.5.1998, zit.n. SWB, 29.5.1998.

³³Artikel 74 des *Basic Law* legt in der verbindlichen englischen Fassung fest: „Bills which do not relate to public expenditure or political structure or the operation of government may be introduced individually or jointly by members of the [Legislative] Council. The written consent of the Chief Executive shall be required before bills relating to government policies are introduced“.

³⁴Annex II des *Basic Law* legt in Abschnitt II fest: „The passage of motions, bills or amendments to government bills introduced by individual members of the Legislative Council shall require a simple majority vote of each of the two groups of members present: members returned by functional constituencies and those returned by geographical constituencies through direct elections and by the Election Committee“. Da im *Basic Law* nur individuelle Vorlagen von Mitgliedern der Legislative vorgesehen sind, bezieht sich diese Vorschrift auch auf kollektiv eingebrachte Vorlagen etwa von in der Legislative vertretenen Parteigruppen.

gen kaum zu einer Gesetzesinitiative in der Lage sein wird, die mit den Vorstellungen der Regierung im Konflikt steht.³⁵

Das Grunddilemma der gesamten Verfassungsordnung der SVR Hongkong besteht in einer teildemokratischen Struktur, die nur undeutliche politische Verantwortlichkeiten zuordnet. Der Hongkonger Politikwissenschaftler Sonny Lo Shiu-hing hat dies präzise dargelegt: „The entire political structure of the SAR at both Legco [Legislative Council] and district levels represents a partial democratisation without clearly defined political responsibilities. It is wasting a considerable amount of public money without enhancing governmental accountability and transparency.“³⁶

In Hongkong sind tiefgreifende Verfassungsreformen notwendig, um diesen unbefriedigenden Zustand zu beenden: Nicht nur die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative (insbesondere die Zusammenarbeit in der Gesetzgebung und die Gesetzesinitiative der Legislativversammlung), sondern auch die Verantwortlichkeiten innerhalb der Exekutive (insbesondere zwischen *Executive Council* und den Führungskräften des *Civil Service*) müssen geklärt werden. Eine dauerhaft tragfähige Klärung der Kompetenzverteilung und Legitimationskonflikte zwischen Exekutive und Legislative wird aber erst dann möglich sein, wenn sowohl der Regierungschef als auch die Legislative aus unanfechtbaren demokratischen Wahlen hervorgegangen sind. Die Forderungen nach einer umfassenden und rascheren Demokratisierung sind deshalb keine idealistischen Wunschträume der chinakritischen Opposition, sondern sind die Voraussetzung für eine berechenbare, verantwortliche und transparente Regierungsführung in Hongkong.

Konsequenzen für Hongkongs politische und wirtschaftliche Entwicklung

Die ersten Legislativwahlen in der SVR Hongkong werden womöglich politische und wirtschaftliche Konsequenzen nach sich ziehen, die weit über die aktuellen Auseinandersetzungen hinausreichen:

Politische Konsequenzen

- Der Druck hin auf eine weitergehende Demokratisierung des Wahlrechts wird angesichts des starken politischen Mandats der Demokratischen Partei und gleichgesinnter Gruppierungen erheblich zunehmen. Dies wird zu Grundsatzkonflikten nicht nur mit der Hongkonger Exekutive, sondern möglicherweise auch mit der Beijinger Zentralregierung führen, die einer Modifizierung des *Basic Law* oder einer umfassenden Demokratisierung der Wahlmodalitäten kaum zustimmen wird.
- Die Koordination zwischen Exekutive und Legislative über Gesetzgebung und Haushaltsaufstellung wird wesentlich schwieriger werden. Die regierungskritischen Kräfte in der Legislative besitzen zwar nur ä-

ßerst beschränkte Rechte zur Gesetzesinitiative, können aber zentrale Gesetzgebungsvorhaben der Exekutive öffentlich kritisieren und delegitimieren.

- Die von Hongkong ausgehenden Demokratisierungsbestrebungen werden in die VR China hinein ausstrahlen, wo seit dem letzten Jahr eine rege Diskussion in Partei- und Akademikerkreisen über die Notwendigkeit politischer Reformen in Gang gekommen ist. Es wird der Beijinger Parteispitze zusehends schwerfallen, überzeugende Argumente dafür zu finden, warum die Hongkonger größere politische Freiheiten und Rechte genießen als andere Bürger der VR China.

Wirtschaftspolitische Konsequenzen

- Die Fronten zwischen Beijing-kritischen Parteien und der populärsten Beijing-freundlichen Partei – der DAB – werden sich in wirtschafts- und sozialpolitischen Sachfragen auflockern. Die Dominanz des *Big Business* in Wirtschaft und Politik Hongkongs ist auch vielen Beijing-freundlichen Abgeordneten ein Dorn im Auge, die ebenso wie die chinakritische Opposition auf ein stärkeres Engagement der Regierung in den Bereichen Beschäftigungs- und Sozialpolitik, Wohnungsbau und Umweltschutz dringen. Die damit einhergehenden Konflikte werden sich unter dem Druck der asiatischen Finanzkrise weiter verschärfen.³⁷
- Forderungen nach verstärkten Regierungseingriffen in das Wirtschaftsleben werden aufgrund der Kräfteverhältnisse in der Legislative an Dynamik gewinnen. In dieser Frage vertreten Beijing-freundliche Parteien wie die DAB sehr ähnliche Konzepte wie die Demokratische Partei. Dies dürfte sich zuerst in Beschränkungen für die Anwerbung ausländischer Fachkräfte bemerkbar machen, die von allen Parteien aufgrund der Hongkonger Beschäftigungskrise gefordert werden.
- Da auch die Regierung Tung Chee-hwas einer schrittweisen Aufgabe des traditionellen *non-interventionism* der britischen Kolonialregierung zuneigt, wird sich die Tendenz zu politischen Eingriffen in die Wirtschaftsentwicklung und zu einer Ausweitung öffentlicher Ausgabenprogramme (etwa in der Infrastruktur- und Hochtechnologie-Förderung) verstärken.
- Damit könnte es zu wesentlichen Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes kommen, das unter britischer Kolonialherrschaft durch eine weitgehend unbeschränkte internationale Offenheit der Hongkonger Ökonomie und durch ein ausgeprägtes wirtschaftspolitisches *laissez faire* seitens der Hongkonger Regierung gekennzeichnet war.

³⁷ Philip Bowring („Hong Kong Votes With Its Feet for a Greater Voice“, in: IHT, 26.5.1998) hat diesen Konflikt prägnant formuliert: „Business leaders want to make Hong Kong more competitive by depressing wages rather than by slashing still sky-high asset values or by investing in new skills – or by devaluing the currency“. Eine solche wirtschaftspolitische Strategie aber werde von weiten Teilen der Bevölkerung und von vielen neu gewählten Abgeordneten nicht mehr akzeptiert.

³⁵IHT, 28.5.1998.

³⁶Sonny Lo, „Looking Beyond 2007“, in: SCMP, 14.5.1998.